

Begrüßung durch Uli Borchers zur Eröffnung der Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ im Ottilie-Schoenewald-Kolleg 15.9.2014

Ich begrüße Sie und Euch im Namen vom Bochumer „Bündnis gegen Rechts“ und der übrigen Veranstalter Kinder- und Jugendring, Ludwig Quidde Forum, AStA des Ottilie-Schoenewald-Kolleg, VVN-BdA Bochum.

Die Schulleitung des OSK soll besonders erwähnt werden, da sie uns die Möglichkeit gibt, die Ausstellung für 14 Tage hier zu zeigen.

Seit 3 Jahren ist bekannt, was der „Nationalsozialistische Untergrund - NSU“ für Verbrechen begangen hat:

- **10 Morde**
- **mehrere Bombenanschläge**
- **zahlreiche Banküberfälle**

Seit über einem Jahr wird im Prozess gegen Beate Zschäpe und andere Angeklagte in München der strafrechtliche Teil der NSU-Verbrechen juristisch untersucht.

Diese Ausstellung soll die politischen Hintergründe offenlegen.

Die Ausstellung zeigt die Menschen, die Opfer.

Sie zeigt die Neonazistrukturen in Deutschland, das Netzwerk, das um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ herum existierte und weiterhin besteht.

Die „gesellschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen“ ist noch längst nicht abgeschlossen.

Nach wie vor ist nicht hinreichend und abschließend geklärt, wie es dazu kommen konnte, dass der „NSU“ 8 Jahre lang unerkannt aus dem Untergrund

- **Menschen ermorden,**
- **Sprengstoffanschläge verüben und**
- **Banken überfallen konnte.**

Präzise formuliert der Bericht des Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags die Fehler und Versäumnisse ja sogar die „**gezielte Sabotage**“ bei den Ermittlungen.

Er kommt mit den Stimmen aller im Landtag vertretenen Parteien zu dem Ergebnis, „**dass die Behörden des Freistaats zwischen 1998 und 2003 kein Interesse an einem Aufgreifen der drei flüchtigen Bombenbastler Böhnhard, Mundlos und Zschäpe gehabt haben könnten und entsprechend handelten**“.

Besonders der Thüringer Verfassungsschutz habe durch Zurückhalten wichtiger Informationen zum Aufenthaltsort des „NSU“.....**zumindest mittelbar die Flüchtigen geschützt**“ (Frankfurter Rundschau 19.8.2014).

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen hat es ermöglicht, dass flüchtige Neonazis im Untergrund bleiben konnten.

Es hat Neonazis vor den Ermittlungen der Polizei gewarnt und mit V-Leuten aus dieser

Szene eng zusammengearbeitet.

Die BesucherInnen dieser Ausstellung werden erfahren, zu welchen Taten Menschen mit rassistischen Einstellungen in der Lage sind.

Sie werden aber auch erkennen, dass staatliche Organe - wie der Verfassungsschutz - Neonazistrukturen dulden und fördern.

Den Rassismus in der Gesellschaft müssen wir bekämpfen!

Finanzierung, Aufbau und Erhalt von Neonazistrukturen durch den VS müssen ein Ende haben!

Wenn wir das vermitteln können, haben wir unser Ziel erreicht.